

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Johanna Voß, Dr. Barbara Höll, Eva Bulling-Schröter, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/9220 –

Handwerkskammern demokratisieren und transparent gestalten

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Johanna Voß, Dr. Barbara Höll, Eva Bulling-Schröter, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/9221 –

Handwerksnovelle evaluieren, hohes Qualifikationsniveau sicherstellen

A. Problem

Zu Buchstabe a

Forderung nach einer Stärkung der demokratischen Legitimation der Handwerkskammern durch Änderungen der Handwerksordnung.

Zu Buchstabe b

Forderung nach einer Evaluation der Handwerksnovelle aus dem Jahr 2004.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/9220 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/9221 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Zu den Buchstaben a und b

Keine.

D. Kosten

Zu den Buchstaben a und b

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 17/9220 abzulehnen,
- b) den Antrag auf Drucksache 17/9221 abzulehnen.

Berlin, den 20. Februar 2013

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ernst Hinsken
Vorsitzender

Rita Schwarzelühr-Sutter
Berichterstatlerin

Bericht der Abgeordneten Rita Schwarzelühr-Sutter

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Antrag auf **Drucksache 17/9220** wurde in der 187. Sitzung des Deutschen Bundestages am 28. Juni 2012 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag auf **Drucksache 17/9221** wurde in der 187. Sitzung des Deutschen Bundestages am 28. Juni 2012 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Aus Sicht der den Antrag stellenden Fraktion DIE LINKE. arbeiten die Handwerkskammern weder transparent noch durchgehend demokratisch. So fielen Wahlhandlungen regelmäßig aus und es gebe kaum Veröffentlichungspflichten. Auch würden die Vollversammlungen von den Arbeitgebern der meisterpflichtigen Gewerke dominiert. Zudem seien die Beitragsgestaltung und der Betätigungsumfang der Kammern für viele Pflichtmitglieder nicht nachvollziehbar. Durch diese Defizite werde die demokratische Legitimation der Handwerkskammern in Frage gestellt. Vor diesem Hintergrund fordert die Fraktion DIE LINKE. die Bundesregierung unter anderem auf, gesetzlichen Missständen durch eine Änderung der Handwerksordnung zu begegnen. So müsse die Friedenswahl abgeschafft, eine Parität der Arbeitnehmer eingeführt und das reine Mehrheitswahlrecht auf das aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. demokratischere Verhältniswahlrecht umgestellt werden. Es müssten ferner Veröffentlichungspflichten für die Gehälter der Geschäftsführer eingeführt und Vorgaben zur Entlastung der Klein- und Kleinstbetriebe bei der Beitragsfestsetzung gemacht werden.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 17/9220 verwiesen.

Zu Buchstabe b

In ihrem Antrag verweist die Fraktion DIE LINKE. darauf, dass mit der Handwerksnovelle im Jahr 2004 die Meisterpflicht als Voraussetzung zur selbständigen Berufsausübung in 53 Gewerken abgeschafft worden sei. Seitdem müssten

Handwerker der zulassungsfrei gewordenen Gewerke nicht einmal eine Berufsausbildung vorweisen, um sich selbständig machen zu dürfen. Die Fraktion DIE LINKE. fordert die Bundesregierung auf, die Handwerksnovelle einer umfassenden Überprüfung zu unterziehen und die hierfür erforderlichen Daten zu erheben. Mit der Evaluierung sollten unter anderem Erkenntnisse über Ausbildungsleistungen, Umsätze, Löhne, Tarifbindungen und die Qualität der erbrachten Leistungen gewonnen werden. Weiterhin müsse eine qualifizierte Ausbildung für alle Handwerksberufe sichergestellt werden. Im Bereich des meisterpflichtigen Handwerks müssten darüber hinaus alternative Zugangsmöglichkeiten bei gleichwertiger Qualifikation großzügig anerkannt werden.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 17/9221 verwiesen.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 17/9221 in seiner 95. Sitzung am 20. Februar 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat die Anträge auf Drucksachen 17/9220 und 17/9221 in seiner 92. Sitzung am 20. Februar 2013 beraten.

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/9220 zu empfehlen.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/9221 zu empfehlen.

Berlin, den 20. Februar 2013

Rita Schwarzelühr-Sutter
Berichterstatlerin